

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 19 38. Jg.

8. Mai 1925

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich freitags. Abonnementspreis 0,25 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 0,50 Mk.

Redaktion:
Hans Ronnger, Berlin N 24, Elbasserstraße 86-88 III. Redaktions-
schluß: Montag. Telefon Amt Norden 4268.
Verlag: Johannes Haß, Berlin N 24. -- Druck und Expedition:
Conrad Müller, Schkenditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareille oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. *Zuschriften an die Expedition erbeten.* Postverlagsort Schkenditz.

Wahl der Delegierten zum Verbandstag in Köln.

In Nr. 13 der „Graphischen Presse“ ist der Verbandstag für den 10. August und folgende Tage nach Köln am Rhein mit folgender, vorläufiger Tagesordnung berufen worden:

1. Geschäftliche Angelegenheiten.
2. Geschäftsberichte der Verbandskörperschaften.
3. Die Tarifpolitik des Verbandes (Geschlossene Sitzung).
4. Die wirtschaftliche und technische Entwicklung in den graphischen Berufen.
5. Stellungnahme zu den Anträgen auf Änderung der Satzungen.
6. Eriedigung allgemeiner Anträge.
7. Wahlen.

Nach § II, Abs. 3 des Verbandsstatutes muß die Wahl der Delegierten drei Monate vor Stattfinden des Verbandstages ausgeschrieben werden. Nach Abs. 7 erfolgt die Wahl gauweise durch Urabstimmung. Die Urabstimmung muß rechtzeitig vorgenommen werden, damit die Gewählten dem Verbandsvorstand bis zum 15. Juli genannt werden können. Die Kandidaten sind dem Vorstand des Gaues zu nennen, dem die Mitgliedschaft angehört. Unter Beachtung des § II, Abs. 8 des Statutes erhalten: Gau I, Berlin II; Gau II, Breslau 2; Gau III, Hamburg 5; Gau IV, Köln 4; Gau V, Leipzig II; Gau VI, Dresden 5; Gau VII, Frankfurt a. M. 4; Gau VIII, Stuttgart 3; Gau IX, München 3; Gau X, Nürnberg 3 Delegierte. Zu Abgeordneten wählbar sind nur den vollen Beitrag zahlende Mitglieder, die mindestens 5 Jahre gewerkschaftlich organisiert sind. Sie brauchen in dem Wahlkreis nicht zu wohnen.

Die Wahl leiten die Gauvorstände nach Maßgabe der vom Verbandsvorstand aufgestellten Wahlordnung.

Der Verbandsvorstand.

Wie müssen Verbandsbeitrag und Unterstützungssätze vom Verbandstag festgesetzt werden?

II.

Der Zweck des Verbandes ist die Förderung der wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Interessen seiner Mitglieder; sein Ziel ist die Erstrebung einer gemeinwirtschaftlichen Produktionsweise. Zwecke und Ziel des Verbandes bestimmen deshalb seine Handlungen. Ein Kind der in der menschlichen Gesellschaft lebenden Klassen, ist der Verband eine Waffe im Kampfe der Klassen untereinander und zwar eine Waffe für die Lohnarbeiter, die dem graphischen Gewerbe ihre Arbeitskraft gegen Lohn verkaufen. Der Verband steht deshalb im Kampfe der Klassen im Lager der Besitzlosen und führt deshalb in seiner Fahne die Zeichen der Arbeiterbewegung. Diese Zeichen sind nicht, wie vielfach ganz falsch angenommen wird, nur ein Symbol, sondern der Ausdruck der aus diesem Kampfe sich ergebenden Notwendigkeiten. Ohne Solidarität, Opferfreudigkeit und Disziplin ist eben ein erfolgreicher Kampf der ausgebeuteten, unterdrückten Klasse gegen die Klasse ihrer Ausbeuter und Unterdrücker unmöglich zu führen, weil jedem einzelnen, auf sich selbst gestellt, zur Führung dieses Kampfes die materiellen Sicherungen fehlen. Fordert auch die moderne Arbeiterbewegung von Staat und Gesellschaft die Sicherung und den Schutz der Arbeitskraft und sind in dieser Beziehung zweifellos schon manche Erfolge zu verzeichnen: Den Schutz der Arbeitskraft, den die klassenbewußte Arbeiterschaft mit Recht fordert, kann die jetzt an der Macht befindliche kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nur bei Strafe ihres Unterganges gewähren. Da die herrschende Klasse gar nicht daran denkt, die Segel zu streichen, und nach dem Ausfall der Präsidentenwahl in Deutschland damit gerechnet werden muß, daß nur ein langer und zäher Kampf den ausreichenden Schutz der Arbeitskraft in allen Lagen des Lebens bringt, liegt es im Interesse der Führung des entscheidenden Klassenkampfes, den mangelnden Schutz der Arbeitskraft durch Solidarität und Opferfreudigkeit nach Möglichkeit zu ersetzen.

Dieser Ersatz des mangelnden Schutzes der Arbeitskraft in allen Lagen des Lebens durch Solidarität und Opferfreudigkeit sind die Unterstützungseinrichtungen der Gewerkschaften, die im Dienste des entscheidenden Klassenkampfes so vollkommen als nur möglich ausgebaut werden müssen. Daß der Ausbau der Unterstützungseinrichtungen ureigste Aufgabe der Gewerkschaften ist, ist schon seit langer Zeit in den

besten Köpfen der Arbeiterbewegung lebendig, und es kann darauf verwiesen werden, daß schon der Verein der Arbeiterbildungsvereine in Nürnberg 1868 den Gewerksvereinen die Arbeit zugewiesen hat, für den solidarischen Schutz der Arbeitskraft in allen Lebenslagen Sorge zu tragen. Und die Anregung zu diesem Beschluß war nicht unter der Studierlampe ausgebrütet, sondern das Resultat eingehendster Prüfung des lebendigen Daseins. Aus den Massen heraus war der Drang zu diesem solidarischen Schutz geworfen, und wo diesem Drang durch die Gewerksvereine nicht Rechnung getragen wurde, da entstanden neue Organisationsgebilde, die diesen Drang befriedigten. Und dieser Drang zum solidarischen Schutze der Arbeitskraft in allen Lebenslagen lebt infolge des mangelnden Schutzes der Arbeitskraft durch den Staat noch heute wie einst und dürfte im Laufe der Zeit noch viel schärfer an die Oberfläche drängen. Einwände, daß es Aufgabe von Staat und Gesellschaft ist, durch Gesetz diesen Drang nach Schutz der Arbeitskraft in allen Lebenslagen zu befriedigen, werden zweifellos den Kampf um Ausbau der Sozialgesetzgebung beflügeln, aber dem gegebenen Zwange zur Selbsthilfe werden sie nicht im geringsten irgendwie Zügel anlegen. Vor dieser unabänderlichen Tatsache stehen die Gewerkschaften und es liegt ihnen nur ob zu entscheiden, ob dieser Drang beim Neuaufbau der Gewerkschaften zu einer Triebkraft des entschiedenen Klassenkampfes gemacht werden soll oder nicht.

Vor Entscheidung dieser Frage steht auch unser Verbandstag in Köln und er kann und darf schon aus Eigeninteresse dieser Entscheidung nicht ausweichen. Daß auch in unsern eigenen Reihen Kräfte am Werke sind, die solidarische Selbsthilfe in Notfällen des Lebens gesondert zu organisieren, ist vom Verbandsorgan schon berichtet worden. Wie sehr eine solche Sonderorganisation die notwendige Arbeit des Verbandes tangieren kann, wissen die älteren Kollegen aus eigener Erfahrung recht eindrucksvoll zu schildern. Wenn heute der Unterstützungsverein „Senefelder“ damit auf Agitation geht, nur die Unzulänglichkeit der verbandlichen Unterstützungseinrichtungen zu beheben, so macht das zwar einen ganz netten Eindruck, verdeckt aber die Tatsache, daß alle Organisationsgebilde ihrem Eigenleben folgen müssen. Und wie die Geschichte gelehrt hat, erweist sich solche Eigenleben in kritischen Kampfständen als ein willkommener Unterschlupf für bassermännische Gestalten des Klassenkampfes. Aber selbst wenn der Unterstützungsverein „Senefelder“ durch entsprechende Aufklärung der Kollegen nichts zu erhen vermöchte, ist der Drang großer Kollegenkreise nach Schutz ihrer Arbeitskraft in allen Notfällen des Lebens nicht befriedigt. Dieser Drang sucht nach Lösung und findet sie in den

freiwilligen Hilfskassen, die keinesfalls als eine Stärkung gewerkschaftlicher Kampfkraft bezeichnet werden können. Da aber alles darauf ankommt, die Kampfkraft des Verbandes bis zu seinem höchsten Grade zu steigern, soll er den ihm gestellten Aufgaben gerecht werden, dann muß er auch seine Unterstützungseinrichtungen so ausbauen, daß sie als eine Stärkung seiner Kampfkraft wirken. Diese Schlußfolgerung gilt es zu ziehen! Da ein überzeugter, zum Kampfe und zu tätiger Solidarität stets bereiter Gewerkschafter zu einem anderen Schlusse gar nicht kommen kann, der Grad der Selbsthilfe aber von der Opferfreudigkeit abhängig ist, haben wir den Kollegen dringend empfohlen, ihren Vertretern auf dem Verbandstage nahe zu legen, den wöchentlichen Vollbeitrag des Verbandes auf mindestens 2,— Mk. zu bemessen. Auch der Verbandsvorstand hat diesen Vorschlag zu dem seinigen gemacht und wird ihn als Antrag dem Verbandstage unterbreiten, wie er auch die Regelung der Unterstützungssätze als Antrag sich zu eigen gemacht hat, die sich nach eingehender Berechnung als durchführbar erweisen ließen und nachstehend folgen sollen:

Unterstützungen:

Grundsätzlich ist zur Bemessung der Höhe der Unterstützungssätze an dem Vielfachen des Vollbeitrages festzuhalten, wie das schon jetzt im Statut festgelegt ist.

Arbeitslosenunterstützung.

Die Arbeitslosenunterstützung beträgt wöchentlich das neunfache des Vollbeitrages. Es werden an Vollmitglieder gezahlt:

- a) nach 52 Beitr. 6 Woch. à 18 Mk. = 108 Mk.
- b) nach 156 Beitr. 9 Woch. à 18 Mk. = 224 Mk.
- c) nach 260 Beitr. 12 Woch. à 18 Mk. = 216 Mk.
- d) nach 390 Beitr. 15 Woch. à 18 Mk. = 270 Mk.
- e) nach 520 Beitr. 18 Woch. à 18 Mk. = 324 Mk.

Krankenunterstützung.

Die Krankenunterstützung beträgt wöchentlich das siebenfache des Vollbeitrages. Es werden an Vollmitglieder bezahlt:

- a) nach 52 Beitr. 8 Woch. à 14 Mk. = 112 Mk.
- b) nach 156 Beitr. 16 Woch. à 14 Mk. = 224 Mk.
- c) nach 260 Beitr. 26 Woch. à 14 Mk. = 364 Mk.
- d) nach 390 Beitr. 39 Woch. à 14 Mk. = 546 Mk.
- e) nach 520 Beitr. 52 Woch. à 14 Mk. = 728 Mk.

Invalideunterstützung.

Die wöchentliche Unterstützung der Invaliden beträgt:

1. Wenn der Eintritt bis zum 30. Lebensjahre erfolgte
- a) nach 650 Beiträgen das 3¹ fache 7 Mk.
- b) nach 1040 Beiträgen das 4 fache 8 Mk.
- c) nach 1560 Beiträgen das 4¹ fache 9 Mk.

2. Wenn der Eintritt nach dem 30. Lebensjahr erfolgte

- a) nach 650 Beiträgen das 5 fache = 6 Mk.
b) nach 1040 Beiträgen das $5\frac{1}{2}$ fache = 7 Mk.
c) nach 1560 Beiträgen das 4 fache = 8 Mk.

Sterbegeld für Mitglieder.

Stirbt ein Mitglied, kann an seine Angehörigen folgendes Sterbegeld gezahlt werden:

- a) nach 52 Beiträgen das 30 fache = 60 Mk.
b) nach 156 Beiträgen das 50 fache = 100 Mk.
c) nach 260 Beiträgen das 60 fache = 120 Mk.
d) nach 390 Beiträgen das 80 fache = 160 Mk.
e) nach 520 Beiträgen das 100 fache = 200 Mk.

Sterbegeld für Mitglieder-Frauen.

Stirbt die Frau eines Mitgliedes, wird ihm nach Leistung von mindestens 260 Beiträgen ein Begräbnisgeld des 30 fachen Vollbeitrages gleich 60 Mk. gewährt.

Witwen-Unterstützung.

Im Todesfall eines zur Invalidenunterstützung berechtigten Mitgliedes erhält die hinterbliebene Witwe:

- nach 650 Beiträgen das 125 fache = 250 Mk.
nach 1040 Beiträgen das 175 fache = 350 Mk.
nach 1560 Beiträgen das 250 fache = 500 Mk.

Lehrlingsabteilung.

Der wöchentliche Beitrag für die Lehrlingsabteilung beträgt 20 Pfg.

Die Krankenunterstützung beträgt wöchentlich 6,- Mk.

Das Sterbegeld beträgt nach 52 Beiträgen 25 Mk., nach 104 Beiträgen 50 Mk.

Diese Vorschläge, die, wie schon betont, der Vorstand zu Anträgen erhoben hat, sind das Ergebnis eingehender Berechnungen. Sie bieten eine Basis, das Mögliche an solidarischer Hilfe in Notfällen des Lebens zu leisten, ohne die Erfüllung der Hauptaufgaben des Verbandes zu beeinträchtigen. Der Stärkung des gewerkschaftlichen Kampffonds ist entsprechend Rechnung getragen worden, wie das Pflicht gewerkschaftlicher Verantwortlichkeit ist. Und zur Stärkung des Kampffonds liegt alle Veranlassung vor, wie die uns in letzter Minute zu Gesicht gekommenen Anträge der Unternehmer zur Tarifberatung für das Lithographie- und Steindruckgewerbe beweisen. Wir werden diese Anträge in der nächsten Nummer des Verbandsorgans einer unnachsichtigen Prüfung unterziehen und an Hand dieser Anträge den Kollegen zeigen, wie gerechtfertigt die von uns gemachten Vorschläge zum Ausbau der verbandlichen Unterstützungseinrichtungen sind. Denn bei rechter Würdigung dieser Unternehmeranträge bekommt man erst das richtige Verständnis für die Notwendigkeit eines gut ausgeübten Unterstützungswesens im Kampfe der unterdrückten Klasse gegen seine Beherrscher. Diese Unterstützungen zu zahlen ist nur möglich, wenn der wöchentliche Vollbeitrag mindestens 2,- Mk. beträgt. Diesen Beitrag zu leisten ist den Kollegen möglich, wenn sie des guten Willens sind. Daß dieser gute Wille in der Kollegenschaft lebendig ist, den Verband zu einer wichtigen Waffe im Klassenkampf zu machen, dessen sind wir sicher. Deshalb rufen wir der Kollegenschaft zu:

Tretet unseren Vorschlägen, die zugleich die Anträge des Vorstandes sind, bei, und weist eure Delegierten an, auf dem Verbandstage für einen wöchentlichen Vollbeitrag von mindestens 2,- Mk. und Ausbau der Unterstützungseinrichtungen nach den gemachten Vorschlägen zu stimmen!

Ein Weg, ein Wille, eine Tat!

Messiasse.

Der ein Ideal sich wählt, glaub nicht, daß es sich geschwind, wie er's findt, mit der Wirklichkeit vermählt.

Seitdem die Revolution es nicht fertig brachte, nach dem Menschen und Sachwerte zerstörenden Völkermorden in Deutschland wieder den „Wohstand von anno dazumal“ einzuführen, die demokratisch-formale Republik und — last not least: die paar damaligen sozialistischen Führer an Reichspitzen den Zukunftsstaat zu etablieren, gibt es Leute, die die trotzdem erzielten Fortschritte mit verächtlicher Handbewegung abtun. Man findet die hohen Erwartungen nicht erfüllt, weil man an die alles verwirklichende Idee geglaubt hat und vergaß, daß man es mit Menschen und Realitäten zu tun hat. Nicht wenige gibt es noch heute, die annehmen, daß man auch unsere komplizierte Gesamtwirtschaft und den Staat nach dem Rezept eines großartig angelegten Systems neu konstruieren könnte. (Rubland).

Da jenes nicht eingetroffen und letzteres nicht eintrifft, ist die Reaktion, das heißt, das Chaos der Meinungen da. In der Depression dieser getäuschten Hoffnungen treten nun auch heilsichtige Messiasse auf, voll des Heils und der visionären Gesichte und geben vor, die nach sozialer Erlösung sehne Menschheit zu erretten, bzw. in den höchsten irdischen Glückszustand zu versetzen. Einzelne Teilchen von dem, was bei ernst

schaffenden und erkennenden Geistern Ergebnis ihres Lebenswerks war, bilden, wenn gut geht, für jene den Ausgangspunkt, dazu die „Idee“ ihrer Besonderheit; zumeist sind es auch zusammengeklauerte Erkenntnisse und Halbwahrheiten mit selbstverfertigten besonderen Farbaufputz. Von derart übersteigerten neuen Wirtschafts-, Staats- und Menschheitsideen, in die Masse geworfen, werden dann leicht einige urteilslose Tausend eingenommen. Ich will den Aposteln solcher Konglomerats-Heilideen den ehrlichen Glauben und Willen nicht absprechen, schon aber ihren Anhängern die geistig-kritischen Fähigkeiten, Unzulängliches, Belangloses von Wichtigem, Vollwertigem zu erkennen, eine Treibhauspflanze vom echten Naturgewächs zu unterscheiden. So wird dieser Glaube zum Aberglauben, dem auch der Tatwille fehlt, und deshalb alles auf die Hoffnung und das Wunder setzt.

Es verlohnt sich kaum, näher auf die einzelnen von diesen Aposteln vertretenen ein- und abseitigen Standpunkte einzugehen, in denen sich die Welt anders als sonst spiegelt; jeder von ihnen sucht auf eine andere absonderliche Weise ein soziales Allerweltsparadies herauf zu führen. Daß dies nicht schon längst geschehen, liegt nur daran, weil sich die Menschheit bisher nicht auf das beste und sicherste System einigen konnte. Wenn man von den vielen kleineren sozial-sektierenden Gemeinden, in denen in Geistesverfassung, Tun und Gebaren die „Kultur“-stufe vor- und nachchristlicher Zeit, von anarchischen oder kommunistischen Primitivism, verbunden mit Vegetarismus, Nackt- und Freiluftkultur bis zur Reinkultur des Urmenschentums vertreten ist, absteht, so kommen in engere Auswahl: Das religiös-Häußersche, das theosophisch-philantropisch-Steinersche und das wirtschaftlich-utopische Erlöserheil des F.F.F. Sofern die ersteren nicht spaßig-ernsthaft Versuche unternehmen, ihre Wahnbessenenheit der restlichen Menschheit zu vermitteln, sind sie durchaus harmlos; gemeingefährlich werden die genannten letzteren, die durchaus als die benageten Menschheitserretter und Weltmessiasse in anspruchsvollem Tone auftreten, dadurch, daß sie alle Welt verrückt haben wollen, um selbst geistig weniger absonderlich und auffallend zu erscheinen; während jene an und für sich schon äußerlich nie absonderlich und auffallend genug sein können.

Ist es kein Aberwitz der Weltgeschichte: nachdem die großen Utopisten vom Anfang des vorigen Jahrhunderts durch die exakt-wissenschaftliche Methode Marxens als endgültig erledigt schienen, tauchen nun wieder ähnliche Ideen auf, vage, blutleere, wirklichkeitsfremde Gehirnprodukte. Aber es gibt einmal Naturen, denen dies entspricht, die nicht in Halbheiten stecken bleiben wollen, „alles oder nichts“ ist ihr Wahlspruch; die für einen neuen Glauben ihre gesamte Existenz in die Schanze schlagen und ziellos ihr reales Sein irgendwelchen phantastischen Eigenbrötleien und „Idealen“ opfern. Nur weil mit Reformen nicht rasch genug vorwärts zu kommen ist, möchten sie Menschenkenntnis, politische Unreife und Blicklosigkeit, die Menschen, bzw. das Weltgesicht, von Grund aus nach ihrem Ideal ummodellieren.

Was ernste und gesund denkende Menschen vor solchen nebeligen Dingen bewahrt, ist ein noch im natürlichen Instinkt verwurzelter Sinn für Maß und Grenze, der ihnen eingibt, daß ein Idealzustand weder als gültiges Gottesgeschenk empfangen wird, bloße Gemütszustände die Welt der Wirklichkeit nicht verändern, und daß eine tausendjährige Entwicklung sich nur langsam auf der realen Basis umformen läßt. Mysterien sind wohl im Glauben oder in der Kunst angebracht, nicht aber im Programm der realen Wirklichkeit. Weitgehende plötzliche Umgestaltungen waren noch in Zeiten des Absolutismus möglich, als der Fortschritt durch eine privilegierte Oberschicht lange hintangehalten wurde und sich Zündstoff sammelte. Der heutige Zündstoff ist zerstreut, auch nicht explosionsfähig. Sicher ist, daß wir gegen gewachsene und wachsende Dinge, denen eine organische Kraft innewohnt, nicht mit Erfolg anzukämpfen in der Lage sind. „Alles Menschliche muß erst werden, wachsen und reifen, und von Gestalt zu Gestalt führt es die bildende Zeit.“ (Schiller).

Unsere Kenntnis vom Wesen der Wirtschaft und der Entwicklung sollte nun soweit gediehen sein, daß wir begreifen, daß alles Geschehen nach natürlichen, unveränderlichen Gesetzen sich entwickelt, unserem Sein und Werden eine innere Notwendigkeit zugrunde liegt, die sich nicht leicht hin überspringen läßt. Daß wohl durch bestimmte Forcierungsmittel ein Richtungsziel dem Zeitgeist entsprechend einzuhalten ist, aber unserm Gesamtsein eine letzte Erkenntnis, eine restlose Klarlegung und Vorherbestimmung fehlt. Welcher Mensch, und sei es der größte Geist, vermag die mannigfaltigsten geistigen und wirtschaftlichen, offenkundigen und noch geheimen Kräfte und Zusammenhänge im Gefüge des Weltgeschehens so zu erkennen und bloßzulegen, um uns einen klaren Plan der unfehlbar danach eintreffenden Zukunft voraus zu bestimmen!

Marx ist groß, aber seine Bedeutung dahingehend ist selbst unter Sozialisten nicht eindeutig.

Wenn wir heute rückschauend an die Voraussagen und Manifestationen solcher großen klassischen Ökonomen denken, die wohl in ihrer groß-intuitiven Größe die Entwicklung einigermaßen zu deuten vermochten, im einzelnen jedoch Unklarheiten nicht ausschließend, so werden wir auch einen Verhältnismaßstab zum Epigonentum jener Messiasse, der Marodeure am Geiste unserer Zeit, gewinnen. Wie es großen Naturen eigen ist, vom gesamten ins einzelne zu gehen, und wohl im Detail mal fehlen, so gehen kleine Geister den umgekehrten Weg: aus Mangel an Weitblick vermögen sie nicht in Epochen zu denken, das Einzelne nicht zum Ganzen zu fügen und räumen das unmöglichste Zeug zusammen, das Oberflächlichen und Urteilslosen glaubhaft und realisierbar erscheint.

Wenn man schon bedenkt, daß der Menschheit die Genies nur äußerst spärlich verabfolgt werden, wie wäre es nun möglich, daß in unseren Läufte die Genies der Volks- und Menschheitserretter, gleich Pilzen nach dem Regen, emporschießen. Es muß also damit schon gewaltige Haken haben. Wer dennoch glaubt, nach seinem persönlichen Gutdünken und Geschmack sich einen Messias auszuwählen, der werde in diesem „Geist“ selig; seinen irdischen Geist aber lasse er tiefer in das Wesen der Welt und der historischen Entwicklung eindringen, auf die Gefahr hin, daß seinem Messias in der Folge der Nimbus flöten geht. *Adolf Blum.*

Was muß der Verbandstag bringen?

Von H. Tittel (Berlin).

I.

In allen Gauen Deutschlands werden in diesen Tagen die Kollegen zum Verbandstag Stellung nehmen. Es ist deshalb an der Zeit, die Fragen, die in Köln zur Erörterung stehen, auch in der „Graphischen Presse“ zu besprechen. Durch den Austausch der verschiedenen Meinungen vor dem Verbandstag innerhalb der Kollegenkreise wird die größtmögliche Klärung der zur Erörterung stehenden Probleme erreicht. Und das ist notwendig!

Wenn wir zum Verbandstag Stellung nehmen, dann weniger unter dem Gesichtspunkte dessen was war, als vielmehr unter dem Gesichtspunkte dessen, was ist, und was werden soll!

Gewiß, in den letzten drei Jahren seit der Nürnberger Tagung hat sich äußerst viel und bedeutungsvolles für die gesamte deutsche Arbeiterklasse ereignet. Die wirtschaftlichen und politischen Ereignisse rüttelten in dieser Zeit sehr stark an den Grundfesten des kapitalistischen Gesellschaftssystems. Die Gewerkschaftsorganisationen und nicht zuletzt auch unser Verband wurden dabei in Mitleidenschaft gezogen.

Der Kapitalismus hat es aber verstanden, eine an und für sich tödliche Krisis zu überstehen. Die Inflation, der gewaltigste und beispielloseste Steuerraubzug der Industrie und Hochfinanz auf die Taschen der werktätigen Bevölkerung und Mittelschichten hat tiefe, sozial einschneidende Wirkungen hinterlassen. Auf der einen Seite eine riesenhafte Bereicherung, Abstoßung aller Schulden, teilweiser Verbesserung des Produktionsapparates und zunehmende Konzentration des Kapitals, auf der anderen Seite erfolgte eine gewaltige Verarmung der werktätigen Bevölkerung, eine Proletarisierung der Mittelschichten, die ihre Existenz in Frage stellte. Obendrein wurden durch die rapide Verelendung dem Heer des Lumpenproletariats neue Massen zugeführt. Dieser Prozeß ging auch an den Gewerkschaftsorganisationen nicht spurlos vorüber. Die durch die Verarmung erfolgte Gleichgültigkeit in weiten Kreisen der Arbeiterschaft führte zu einer Flucht aus den Gewerkschaften. Die scharfe Zuspitzung der kapitalistischen Krisis ist vorübergehend gelöst worden. Dies geschah nicht zuletzt durch eine rücksichtslos kapitalistische Diktatur. Die Weimarer Verfassung wurde ausgeschaltet; durch die militäristische Gewalt und die Ermächtigungsgesetze wurden der Arbeiterklasse wichtige Rechte geraubt. Der Achtstundentag wurde beseitigt; die Sozialgesetzgebung abgebaut; die Rechte der Betriebsräte wurden bis zur Bedeutungslosigkeit eingeschränkt. Auf Kosten der Erhaltung der Arbeitskraft, der Senkung des Reallohns und der Verschlechterung der Lebenshaltung wurde der kapitalistische Profit gesteigert. Trotz Teuerung, Senkung der Löhne und gewaltiger Vergrößerung der industriellen Reservearmee, des Arbeitslosenheeres, wurden der werktätigen Bevölkerung neue, ungeheure Steuerlasten aufgewuchtet. Der Stand der Volksgesundheit erfuhr dadurch in erschreckender Weise eine sich noch in der Zukunft katastrophal auswirkende Senkung. Kurzum, in den letzten drei Jahren ist die Arbeiterklasse politisch und wirtschaftlich zurückgeschlagen worden.

Wie war es möglich? Man kann diese Frage nicht damit abtun, daß man einfach sagt, nun,

die Verhältnisse waren eben stärker als wir. Dieses Argument ist weiter nichts als eine Entschuldigung und zwar keine gute.

Ich bin der Auffassung, daß an dieser Situation die Taktik und die Strategie der Gewerkschaftsführung ein gehäuft Maß Schuld trägt. Dies war möglich, weil die Führer der Gewerkschaften nicht nur kein Vertrauen in die lebendige Kraft der Arbeiterklasse setzten und diese Kraft in entscheidenden Momenten zur Niederung der kapitalistischen Offensive gebrauchten; dies war vor allen Dingen aus dem Grunde möglich, weil die Führung der Gewerkschaften sich immer noch in einer verhängnisvollen Bindung zum kapitalistischen Staat und der gesamten kapitalistischen Wirtschaft befindet. Die reine proletarische Interessenpolitik ist heute durch die grundsätzliche und taktische Einstellung der Gewerkschaftsführung, durch den verschwommenen und gefährlichen Standpunkt der Volkssinteressen ersetzt worden.

Werden diese Lehren aus der Vergangenheit gezogen und die heutige Situation richtig eingeschätzt, so wird es der deutschen Arbeiterklasse ermöglicht werden, die notwendigen Schlüsse für die Gewerkschaftspolitik in der nahen Zukunft zu ziehen!

Unter diesem Gesichtspunkte nehme ich auch Stellung zur Tagesordnung unseres Verbandstages. Wenn politische und wirtschaftliche Fragen innerhalb unserer Kollegenkreise erörtert werden, so versuchen nicht selten verantwortliche Verbandsfunktionäre wichtige, proletarische Interessenfragen damit abzutun, daß man doch endlich mit der „politischen Kanngieberei“ aufhören solle. Diese Ausreden stehen jenen, welche sie gebrauchen, sehr schlecht. Sie dokumentieren damit, daß sie den vitalsten Interessen der Arbeiterschaft gleichgültig gegenüberstehen oder daß sie damit ihre eigenen reformistischen Ziele und Bestrebungen verkleistern wollen.

So sehr auf unserem Verbandstag unsere rein beruflichen und organisatorischen Fragen in erster Linie behandelt werden müssen, so notwendig ist es aber auch, daß wir als organisierter Teil des gesamten Proletariats uns mit der Lage und den Aufgaben der gesamten Arbeiterklasse beschäftigen müssen; denn letzten Endes ist unsere berufliche Lage abhängig von der Gesamtlage der Arbeiterschaft, von dem Kräfteverhältnis zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse. Natürlich werden wir als Verband der Lithographen und Steindruckere bei unserer im Verhältnis zu den Spitzenorganisationen geringen Mitgliederzahl nicht die Welt aus den Angeln heben. Aber unsere Bescheidenheit darf nicht soweit gehen, daß wir überhaupt den gewerkschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Problemen der deutschen Arbeiterschaft keine Beachtung schenken.

Liest man die Tagesordnung, die der Verbandsvorstand dem Verbandstag zur Behandlung vorgelegt hat, so muß man zu dem Schluß kommen, daß für unseren Verbandsvorstand außer den engen Organisations- und Berufsfragen überhaupt keine anderen Probleme vorhanden sind. Ich hoffe, daß man nicht aus reinem Formalismus zu unserem Statut die wichtigsten und aktuellsten Fragen einfach unter den Tisch fallen lassen. Diese Fragen sind zweifelsohne folgende: Unsere Stellungnahme zu dem in diesem Jahre stattfindenden Gewerkschaftskongreß und die Frage der gewerkschaftlichen Einheit in nationaler wie in internationaler Beziehung.

Aber selbst vom Standpunkt des „reinen Berufsmenschen“ weist die Tagesordnung ein großes Loch auf. Warum, sollen wir in Köln nicht zu dem graphischen Industrieverband Stellung nehmen? Ich meine, diese Frage ist bis heute immer noch nicht gelöst. Selbstverständlich, die Kollegen im Lithographenverband sind durchweg einer Auffassung, daß die Schaffung des graphischen Industrieverbandes eine notwendige und schnell zu realisierende Aufgabe ist. Auf dem Nürnberger Verbandstage waren die Meinungen darüber ungeteilt. Aber selbst wenn in unseren Reihen Klarheit ist, so steht doch das eine fest, daß der Widerstände noch viele sind. Heute sträuben sich noch die Buchdrucker und graphischen Hilfsarbeiter gegen eine organisatorische Vereinigung. Und doch ist die organisatorische Vereinigung der vier graphischen Verbände die elementarste Voraussetzung für die Bildung der Industrieorganisation. Sollen wir nun geduldi warten, weil die anderen noch nicht wollen? Warten, bis eines schönen Tages der Industrieverband als Geschenk des Himmels herniederkommt? Nein! Wir müssen weiter die Initiative ergreifen oder um ein Wort des Kollegen Ronner zu gebrauchen, auch diesmal wieder „Hahnemann“ sein!

Einen Schritt weiter zur Verwirklichung des Industrieverbandes wird es sicher bedeuten, wenn schnellstens ein gemeinsamer Betriebsrätekongreß sämtlicher in der graphischen Industrie beschäftigten Arbeiter stattfinden würde. Außer mit der Frage des Industrieverbandes, müßte sich dieser Kongreß mit der wirtschaftlichen Lage der graphischen Arbeiterschaft, der Frage des

Einheitsstarjes und der Offsetsfrage beschäftigen. Die Kollegenschaft der vier graphischen Verbände wird sicher diesen noch sehr umstrittenen Fragen großes Interesse entgegenbringen!

Auf eine Lücke der Tagesordnung ist bereits hingewiesen, nämlich auf das Außerachtlassen der Behandlung des Gewerkschaftskongresses. Der Kongreß des ADGB, der doch immerhin in seinem Endergebnis den Willen von etwa sechs Millionen organisierter deutscher Arbeiter widerspiegeln soll, und der doch ein wirtschaftlicher und politischer Machtfaktor von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist, muß unser größtes Interesse in Anspruch nehmen.

Anläßlich der Reichspräsidentenwahl wurde seitens des ADGB in einem Aufruf betont, daß die Gewerkschaften nicht neutral seien. Allerdings wurde dieser Ausspruch getan, um nachzuweisen, daß die freien Gewerkschaften einen Klassenfeind des Proletariats als Präsidenten wählen sollten. Ich bin der Auffassung, daß durch die Wahl des Zentrumsmannes Marx die Frage: Republik oder Monarchie, nicht entschieden wird. Selbstverständlich ist es eine elementare Pflicht aller Arbeiter, der monarchistischen Gefahr entschiedenen Widerstand entgegenzusetzen. Aber Aufgabe der Gewerkschaften ist es auf keinen Fall, für die Verewigung der kapitalistischen Diktatur und für die bürgerliche Republik den Kampf zu führen.

Bei aller objektiven Würdigung der Lage ist es Aufgabe der Gewerkschaftsorganisation, subjektiv auf die Verhältnisse einzuwirken und aus der verschwommenen Fragestellung: Monarchie oder Republik das gesellschaftliche Kampziel der werktätigen Bevölkerung bewußt in den Vordergrund zu stellen; nämlich: Niederschlagung der monarchistischen Gefahr durch die Verwirklichung der proletarischen Republik!

Um dieses Ziel zu erreichen, gilt es, einen umfassenden Angriff zu wagen, und da steht im Vordergrund die Kardinalfrage für die Arbeiterschaft: Wer soll die Lasten des Dawespaktes zahlen? Ein Teil der Arbeiter ist grundsätzlicher Gegner des Dawespaktes, aber durch das Verhalten des ADGB und der SPD, sind die Dawesgesetze mit ihren für die Arbeiterklasse furchtbaren Auswirkungen nun einmal Tatsache geworden. Tatsache ist, daß Deutschland zu einer Industriekolonie des Ententekapitals unter Profitbeteiligung der deutschen Schwerindustrie und der Hochfinanz geworden ist. Tatsache ist ferner, daß aus den Steuergroschen der Werktätigen Millionen und Abermillionen Mark an die Entente abgeführt werden. Die Reichseisenbahn untersteht einem internationalen Konsortium. Zehntausende von Beamte sind aufs Pflaster geworfen worden. Der Achtstundentag gehört in den meisten Industrien der Vergangenheit an. Selbst das Washingtoner Abkommen ist für Deutschland noch nicht ratifiziert. In dem gleichen Maßstabe, wie die Teuerung steigt, sinken die Löhne. Die Hausararier sind mit Hilfe der monarchistischen Lutherregierung drauf und dran, die Erhöhung der Grundrente durch Festsetzung der Friedensmiete zu erreichen. Die Sozialgesetzgebung ist abgebaut und unter den verführerischen Schalseimen einer „gerechten Lastenverteilung“ werden den werktätigen Massen kaum noch zu tragende direkte und indirekte Steuern aufgeladen.

Privatlithographie und Tarifvertrag.

Allgemein betrachtet war die Privatlithographie schon immer ein Schmerzenskind, nicht nur für Lithographen, sondern auch für das gesamte Gewerbe. Diese für uns bestehende Erfahrungstatsache wird des öfteren von den Unternehmern noch bestritten. Es ist jedoch erfreulicherweise wahrzunehmen, daß auch in ihren Reihen die Erkenntnis zunimmt, daß die Privatlithographie unter Umständen dem Gewerbe schädlich werden kann und deshalb Sicherungsmaßnahmen nötig sind. Wir Gehilfen sind schon viel früher zu der Einsicht gekommen, weil wir die Schattenseiten der Privatlithographie in erster Linie zu spüren bekommen haben und zwar infolge ihrer üblen Auswirkungen auf die Gestaltung der Berufsverhältnisse. Diese Erfahrungen haben uns schon seit einigen Jahrzehnten veranlaßt, gegen eine weit über den tatsächlichen Bedarf des Gewerbes hinausgehende Ausdehnung der Privatlithographie anzukämpfen. In diesem Kampfe haben wir stets mit dem Widerstand weiter Unternehmerkreise und einer gewissen Gleichgültigkeit einer größeren Zahl von Kollegen gerechnet gehabt. Dem letzteren Umstande ist es mit zu verdanken, wenn wir auf diesem Gebiete noch nicht vorwärts gekommen sind, wie wir es wünschen, und wie es im Interesse des Gewerbes liegt.

Die tatsächlichen Verhältnisse in der Privatlithographie, wie sich diese im Laufe der Jahre bis Anfang 1919, herausgebildet hatten, wurden erstmalig gelegentlich der ersten Tarifverhandlungen im Mai 1919 einem größeren Kreise von Unternehmervertretern von den Gehilfen ein-

gehend dargelegt. Das Vorgetragene und die sich daran anschließende eingehende Aussprache hätten zur Folge, daß auch die Unternehmervertreter sich der Notwendigkeit der Schaffung von Sicherungsmaßnahmen nicht entziehen konnten. Die Einbeziehung der Privatlithographie in den Tarifvertrag wurde als dringend nötig erachtet, damit den schlimmsten Mißständen möglichst gesteuert werden könne. Es wurde bei Abschluß des ersten Tarifes in dessen Paragraph 14 Abs. 5 folgende Bestimmung niedergelegt:

„Die Vergebung von Arbeiten darf nur an solche Betriebe (einschl. Privatlithographien) erfolgen, die den vorliegenden Tarif ebenfalls anerkennen und befolgen.“

Im Laufe der folgenden Jahre hat dann diese Bestimmung drei Ergänzungen erfahren. 1921 wurde beschlossen, daß diese Betriebe in einer beim Tarifamt niedergelegten Liste verzeichnet sein müssen und 1923 wurde diese Bestimmung auch auf Privatdrucker ausgedehnt und ferner beschlossen, daß den Betrieben eine Ausweiskarte auszuhandigen ist.

Der Zweck dieser tariflichen Vereinbarung sollte eigentlich für jeden Angehörigen des Gewerbes und auch deren große Bedeutung, ohne Schwierigkeiten erkennbar sein. Die gemachten Wahrnehmungen scheinen mir aber das Gegenteil zu beweisen; denn wohl keine der Tarifbestimmungen wird so wenig beachtet, wie die angeführte, deren Durchführung in erster Linie den Unternehmern bzw. den Betrieben obliegt, welche Arbeiten außer dem Haus anfertigen lassen. Hierbei bitte ich ganz besonders zu beachten, daß es gleichgültig ist, ob es sich bei Vergebung von Arbeiten um Druckaufträge oder Lithographien handelt. Die Bestimmung verpflichtet demnach alle tariftreuen Firmen, bei Vergebung von Arbeiten unseres Gewerbes nur ebenfalls tariftreue Betriebe zu berücksichtigen.

Die Arbeit vergebenden Firmen müssen sich also vor der Auftragserteilung vergewissern, ob die dafür in Aussicht genommenen Betriebe auf der Liste verzeichnet sind. Das geschieht am besten, wenn man die Vorlegung der vom Tarifamt ausgefertigten Ausweiskarte verlangt. Wer die Ausweiskarte nicht vorlegen kann, steht nicht auf der Liste und ist somit im Sinne des Tarifes nicht tarifreu und darf somit keinen Auftrag erteilt erhalten.

Nun bietet der Besitz der Ausweiskarte noch keinen Beweis für die Gewißheit, daß der betreffende Betrieb — Privatlithographien, Andruckereien usw. — die tariflichen Bestimmungen auch tatsächlich einhält. Hier hat die Kontrolle der Kollegen einzusetzen. Wahrnehmungen von Nichteinhaltung tariflicher Bestimmungen müssen geprüft und wenn sich Tarifverletzungen ergeben, so muß unter Anwendung tariflicher Mittel für Abhilfe Sorge getragen werden.

Im Interesse gesunder gewerblicher Verhältnisse ist es dringend nötig, daß Paragraph 14 Abs. 5 und 5 a des Tarifvertrages mehr wie bisher allseitige Beachtung finden und tatsächlich zur Durchführung gelangen. Nachdem in den letzten Jahren die Verhältnisse in der Privatlithographie eine Besserung erfahren hatten und keinen großen Unterschied gegenüber denen in den Fabrikbetrieben aufwiesen, sind wir seit einiger Zeit wieder auf dem besten Wege, zu unhaltbaren Zuständen zu gelangen, wenn es nicht gelingt, die Gleichgültigkeit weiter Kreise des Gewerbes zu beseitigen.

Der tatsächliche Bedarf unseres Gewerbes an Privatlithographen scheint mir bereits sehr reichlich gedeckt zu sein und eine noch weitere Ausdehnung der Privatlithographie muß nach meiner Ansicht zum Schaden für das Gewerbe ausschlagen. Gegenwärtig stehen den rund 980 tariftreuen Firmen mit Druckereibetrieb, welche selbst ungefähr 2700 Lithographen beschäftigen, 215 tariftreue Privatlithographen, die teilweise bis acht und mehr Gehilfen beschäftigen, für evtl. Auftragserteilung zur Verfügung und wenn man sich ferner vergegenwärtigt, daß schätzungsweise noch ungefähr 60 bis 75 tarifuntreue Privatlithographien existieren, so darf wohl mit Recht von einer reichlichen Bedarfsdeckung gesprochen werden. Wenn erst einmal die Konjunktur nachläßt, wird das besonders in Erscheinung treten. Die Privatlithographien mit ihrer Neigung zu nicht einwandfreien Geschäftsbetrieben, müssen unter eine möglichst strenge tarifliche Kontrolle gestellt werden, wenn das Gewerbe vor Schaden bewahrt werden soll. Geschieht letzteres nicht, so wird die sogenannte „Schwarzlithographie“, die von unsichtbaren Geistern in Doppelbeschäftigung ausgeführt wird, uns noch manche Kopfschmerzen bereiten. Daraus erklärt sich auch die oft wahrnehmbare hohe Leistungsfähigkeit mancher Privatlithographen in quantitativer Beziehung. Das Übel „Schwarzlithographie“ ist also wieder zu vermeiden und wir dürfen uns gegen solche berufliche Mißstände nicht gleichgültig verhalten. Die besten Vorbeugungsmittel sind immer noch die restlose Durchführung des Paragraph 14 Abs. 5 und 5 a und eine zweckentsprechende Kontrolle der Privatlithographien, die nicht nur

von den Lithographen, sondern auch von den Steindruckerkollegen durchzuführen ist, wenn sie erfolgreich sein soll.

Bei dieser Gelegenheit sehe ich mich auch veranlaßt, auf einen weitverbreiteten Irrtum aufmerksam zu machen. Vielfach wird die Auffassung vertreten, daß selbständige Lithographen, welche ohne Gehilfen und Lehrlinge arbeiten, keine Privatlithographen im Sinne des Tarifes seien, sondern als Heimarbeiter zu betrachten wären, und daß bei diesen Heimarbeitern der Tarif keine Anwendung finde. Diejenigen, welche diese Auffassung vertreten, übersehen, daß der Tarifvertrag sich auf alle produktiven Kräfte des Gewerbes erstreckt. Paragraph 14 Abs. 5 und 5a spricht ausdrücklich von Betrieben, welche bei Vergabung von Arbeiten nur berücksichtigt werden dürfen. Die Bezeichnung „Betrieb“ ist mit voller Absicht und im Hinblick auf die Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung gewählt worden. Letztere besagt in ihrem Paragraph 14: „Wer den selbständigen Betrieb eines stehenden Gewerbes anfängt, muß der für den Ort, wo solches geschieht, nach den Landesgesetzen zuständigen Behörde gleichzeitig Anzeige davon machen.“ Durch die Anwendung des Wortes „Betrieb“ im Paragraph 14 unseres Tarifes ist zum Ausdruck gebracht, daß nur an gewerbepolizeilich angemeldete Unternehmungen Arbeiten übertragen werden dürfen. Deshalb ist auch der Besitz des Gewerbescheines eine der Voraussetzungen für die Aufnahme in die Liste der Privatlithographen.

Der Lithograph, der in eigener Betriebsstätte im Auftrag und Rechnung anderer Betriebe Arbeiten unseres Gewerbes ausführt, ist ein selbständiger Gewerbetreibender im Sinne der Gewerbeordnung. Für solche selbständigen Lithographen hat sich bei uns die Bezeichnung „Privatlithograph“ eingebürgert; teilweise werden diese auch noch „Hauslithographen“ genannt. Es ist also ein Irrtum anzunehmen, daß ohne Gehilfen arbeitende selbständige Lithographen nicht als Gewerbetreibende im Sinne der Gewerbeordnung zu betrachten sind.

Das Unternehmen, welches nicht gewerbepolizeilich angemeldet ist — ganz gleich, ob Gehilfen beschäftigt werden oder nicht — darf bei Vergabung von Aufträgen nicht berücksichtigt werden und kann auch keine Aufnahme in die Liste finden. Aus diesen Gründen müssen auch die alleinarbeitenden selbständigen Lithographen, deren tatsächliche Zahl viel größer ist, als allgemein angenommen wird, ihr Unternehmen polizeilich anmelden, wenn die Voraussetzungen zur Aufnahme in die Liste geschaffen werden sollen. Klar und deutlich sagt die angezogene Tarifbestimmung ferner, daß nur auf der Liste befindliche Betriebe Arbeiten übertragen bekommen dürfen.

Wenn ich oben ausführte, daß nach meiner Ansicht der Bedarf an Privatlithographen bereits sehr reichlich gedeckt ist und eine weitere Ausdehnung schließlich zum Schaden des Gewerbes ausschlagen wird, so habe ich damit bereits angedeutet, daß ich eine Begrenzung der Privatlithographie für nötig erachte und ich möchte noch hinzufügen, auch für durchführbar halte. Wir müssen die Schließung der Privatlithographenliste ernstlich in Erwägung ziehen. Es geht nach meiner Ansicht nicht an, daß jeder Lithograph, der glaubt, als Privatlithograph seine beruflichen Leistungen besser in klingende Münze umsetzen zu können als sogenannter selbständiger Gewerbetreibender, ohne

Rücksicht auf den Bedarf solcher Spizies, auf das Gewerbe losgelassen wird; wenigstens nicht mit Genehmigung der tariflichen Instanzen.

Wenn etwa gegen die vorgeschlagene Schließung der Liste eingewendet werden sollte, daß damit gegen die im Paragraph 1 der Gewerbeordnung verankerte Gewerbefreiheit verstoßen würde, weil letztere angeblich beeinträchtigt wird, so ist darauf zu verweisen, daß der Zugang zum Gewerbe dadurch nicht unterbunden wird. Es wird nur das Betätigungsfeld für auf der Liste nicht befindliche Privatlithographen eingeschränkt. Für solche Privatlithographen ist aber bereits heute das Arbeitsgebiet ein beschränktes; denn nach Paragraph 14 Abs. 5 des Tarifes soll sich letzteres nur auf die tarifuntreuen Betriebe erstrecken.

Ich verkenne durchaus nicht, daß diese Frage auch eine juristische Seite hat, die eingehend erwoogen werden muß. Nach meiner Meinung sind aber beide Tarifparteien berechtigt, im Interesse des Gewerbes miteinander zu vereinbaren, in welchem Umfang Privatlithographen zugelassen werden sollen. Wenn man sich vergewissert, daß trotz sechsjährigen Bestehens der Tarifbestimmung über Privatlithographen und mehrfacher Aufforderungen, eine größere Zahl von Privatlithographen bisher keinen Wert darauf gelegt hat, als tariffrei zu gelten, so kann von diesen Herren auch kein berechtigter Einwand gegen die Schließung der Liste erhoben werden. Wer nicht tariffrei sein will, hat auch keinen Anspruch auf Übertragung von Arbeiten seitens tariftreuer Firmen; der stellt sich selbst außerhalb der Kreise der Tarifparteien und hat für die sich daraus ergebenden Folgen selbst aufzukommen. Wir müssen dafür sorgen, daß der Grundsatz: Arbeiten tariftreuer Firmen dürfen nur an tariffreie Privatlithographen vergeben werden, endlich Allgemeingut des Gewerbes wird.

Die bevorstehenden Tarifverhandlungen bieten Gelegenheit, diese für das Gewerbe nicht bedeutungslose Angelegenheit eingehend zu behandeln. Ich hoffe, daß man nicht nur mit einigen Bemerkungen darüber hinweggeht. Die Frage hat sehr ernste Seiten und die Verhältnisse vor 1919 sollten noch abschreckend wirken. Wir haben alle Grund, eine vernünftige Gewerbspolitik zu befolgen und die Privatlithographie steht damit im engsten Zusammenhange. e—e.

Ortsbericht.

Bannerweihe der Zahlstelle Bautzen. Am Dienstagabend, den 28. April d. J. versammelte sich die Mitgliedschaft Bautzen i. Sa. des Verbandes der Lithographen und Steindrucker im „Brauhausgarten“ zur Weihe ihres Banners. Zahlreich hatten die Kollegen dem Rufe ihres Vorstandes Folge geleistet. Mit einem Musikstück wurde der festliche Abend eröffnet. Dann begrüßte mit kurzen aber herzlichen Worten der Vorsitzende, Kollege Max Schneider, die Kollegen und die Vertreter der anderen am Orte ansässigen Gewerkschaften. Er ließ das Banner enthüllen, nachdem die Kollegen Hobjan, Heine und Schulz als Bannerträger einstimmig gewählt waren. Das Ehrenzeichen der Zahlstelle Bautzen darf, was Farben und Anfertigung betrifft, als ein Meisterwerk bezeichnet werden. Die Vorderseite trägt oben das Gründungsjahr der Zahlstelle 1894 und das Geburtsjahr des Banners 1925; zwischen beiden Zahlen ist das Verbandswappen eingestickt. Auf rotem Grunde ist das Sene-

felderwappen angebracht, die Schrift ist in Schwarz. Zu beiden Seiten des Mittelteiles befinden sich die Stadtfarben Blau-gelb. Die Rückseite zeigt auf blauem Grund die goldene Schrift: „Durch Kampf zum Sieg“. Eine aufgehende Sonne beleuchtet diese Worte. An den Seiten laufen rotviolette Streifen. Kollege Schneider dankte dem Kollagen Zieschang, der das geschmackvolle Banner entworfen hat, mit herzlichen Worten. Dann gab er dem Kollagen, Gewerkschaftssekretär Buchholz (Bautzen), das Wort zur Festrede. Der Redner erinnerte eingangs an die gute und vorbildliche straffe gewerkschaftliche Organisation der graphischen Berufe. Er beglückwünschte die Zahlstelle zu dem wundervollen Banner, das allen Kollegen als ein Symbol gemeinsamen Strebens, als ein Symbol der Geschlossenheit und Zusammengehörigkeit erscheinen soll. Es soll ein Symbol des Kampfes, aber auch ein Symbol des Friedens sein. Lang anhaltender Beifall dankte dem Redner. Ein dreifaches Hoch auf das Banner und den Verband wurde begeistert aufgenommen. Im Namen der einzelnen Gewerkschaften überreichten die erschienenen Gäste Schleifen und Fahnennägel und bekundeten damit ihre Solidarität. Kollege Kitschur wies kurz auf die Präsidentenwahl hin und zeigte den Ernst der gegenwärtigen politischen Lage und warb mit Erfolg für die Schutztruppe der Republik, das Reichsbanner. Damit war eigentlich schon der Festakt beendet.

Nun schloß sich ein recht gemütliches Beisammensein an, bei dem die Kollegen reichlich für gute Stimmung sorgten. Möge es in Zukunft immer so sein! kr.

Vom Böhertisch.

Führer durch die Heimarbeiter - Ausstellung in Berlin vom 28. April bis 15. Mai 1925.

Wieder hat die Gesellschaft für soziale Reformen in Verbindung mit den Gewerkschaften die Heimarbeiter in den Vordergrund der Beachtung gerückt. In den Landes-Ausstellungshallen am Lehrter Bahnhof in Berlin hat die Deutsche Heimarbeiter-Ausstellung ihre Pforten geöffnet, die jedem Besucher sagt, wie notwendig ein erweiterter Schutz der Arbeitskraft in der Heimarbeit ist. Und wer durch den in der Ausstellung Gebotenen noch nicht belehrt ist darüber, was zugunsten der Heimarbeit unbedingt getan werden muß, den sagen es die Schriften, die über das Elend in der Heimarbeit berichten. Drei Schriften sind es, die wieder ganz besonderes Interesse erwecken, und zwar sind es:

Die Heimarbeit in der Holzindustrie. Herausgegeben vom Vorstand des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Die Heimarbeit in der Eisen- und Metallindustrie, dargestellt auf Grund von Erhebungen des Vorstandes des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und

Die Heimarbeit in der Schuhindustrie und im Schuhmacherhandwerk, herausgegeben vom Zentralverband der Schuhmacher.

Diese Schriften schildern die Heimarbeit in diesen Industriegebieten und die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Heimarbeiterfamilien. Was sie zu berichten wissen, greift oft an Unglaubliche und doch ist es bittere Wahrheit. Leider ist diese bittere Wahrheit noch nicht einmal bei all den Arbeiterkreise gelungnen, was den Kampf der Heimarbeiter um bessere Zustände erschwert. Haben auch die Gewerkschaften im Laufe der Zeit manches an Besserung in der Heimarbeit erreichen können, so bleibt zu tun doch noch reichlich genug übrig. Staat und Gesellschaft zu zwingen, hier mitzutun, ist die Absicht der Ausstellung, die durch die vorgenannten Schriften eine wertvolle Ergänzung erfährt. Sie seien deshalb den Kollegen zum eingehenden Studium empfohlen, damit endlich die Kräfte der Gesamtheit mobil werden, in der Heimarbeit Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen, die auch dieses Leben lebenswert machen.

„Die Leuchtrakete“.

Das Mäheist diese vortrefflichen antikerikalen Streitschrift ist erschienen und wird überall Freude erwecken. Das Heft ist mit vielen satirischen Zeichnungen ausgestattet und führt beißende Hiebe gegen die klerikale Volksverdummung. Die Beilage „Licht übers Land“, enthält hübsche Bilder aus der Frei denk- und Arbeiterbewegung. Die Monatschrift ist überall erhältlich und kostet 15 Goldpfennig. Das Halbjahresabonnement samt Zustellung durch die Post 1 Rentenmark, ist bei der Verwaltung, die Probeexemplare auf Wunsch unentgeltlich versendet, Wien IV, Mittersteig 3a, zu bestellen.

Suche zum möglichst sofortigen Eintritt prima
Retuscheur
tüchtig. Strich- u. Autoätzer
sowie Fräser u. Monteur
Hermann Klehne, Graphische Kunstanstalt und Klischeefabrik, Köln, Clemensstraße 1.

Positiv-Retuschere
Ätzer für Auto u. Strich
stellt ein A. Jüllich, Oberrniltz.

Tüchtige Positivretuschere
in angenehme Dauerstellung zu sofortigem Eintritt gesucht
E. Schreiber G. m. b. H., Stuttgart, Hackstraße 77.

la Reprodukt.-Photograph
in dauernde Stellung gesucht. Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen und Zeugnisabschriften erbitten an
Neuburg & Wilms, Hamburg, Alter Steinweg 73.

Photograph
allererste Kraft, für Offset und Klischee gegen hohes Gehalt per sofort gesucht. Angabe des Alters und der bisherigen Tätigkeit erwünscht.
Offsetdrucker G. m. b. H., Gleiwitz.

Tonschneidemaschine
Dover oder Fräser, gut erhalten, sofort gegen Kasse zu kaufen gesucht. Preisofferten unter S 115 an die Expedition der „Graphischen Presse“.

Wir suchen einen tüchtigen jüngeren
Ätzer
(Strich und Auto) für unsere Klischeeanstalt
A. W. Kafemann, G. m. b. H., Danzig, Keltigahergasse 3-5.

Farb-Ätzer
für Offset-Reproduktionen, sowie
1 Strichätzer
gesucht. Gustav Reissacher, Berlin SW. 48, Friedrichstraße 16.

VERHEIRATETS ACHTUNG!
Verheiratete Drehtener Kollegen, welche sich i. gütst. Stellung nach München verändern können, steh' Wohnungstausch - Seite i. München. 2 Zimmer, Küche und gr. Korridor, Keller, 2 Speicher. Adr.: R. Friedrich, Dresden-N., Alaustraße 39, 11.

Fachliteratur!
DER PRAKTIISCHE
UMDRÜCKER
von Bernhard Enders
Preis inkl. Porto und Nachnahme 1,- G.-Mark.
Verlag Conrad Müller, Schkeuditz.

SCHULER STÜTTGART
Wir suchen zum mögl. baldigen Eintritt:
Farbätzer, Autoätzer, Strichätzer,
1 Reproduktions-Photograph, für Strich und Auto, Chromo - Lithographen, Nachschneider, 1 Metallretuscheur, Positivretuschere, 1 Andruker für Steindruck
Es wollen sich nur tüchtige Kräfte bewerben.
Als Spezialität stelle ich

Formstecher-Werkzeuge
für Holz- und Messingstecher her.
Für jedes Vorschlagswesen übernehme ich volle Garantie
Wilh. Karlin, Eiberfeld,
Flensburger Straße 3.